



# Kritik, Unternehmerrginn und Lohnreduktion.

Schönbar stellt die Wirtschaftskrise alles auf den Kopf, aber bei näherem Zusehen zeigt sich auch hier, daß es nicht neue Erscheinungen, sondern alte Kräfte sind, die nun in der Krise mehr auffallen. Gewiß ist es auch paradox, während der guten Zeit, da die Arbeiter infolge reichlicher Beschäftigung mehr verdienen, nun plötzlich mit Lohnreduktionen zu kommen, aber noch schlimmer ist es während der Krise, da infolge ungenügender Beschäftigung ohnehin nur ein kleiner Verdienst erzielt wird, die Lohnsätze zu reduzieren.

Empörend wirkt jedoch ein solches Vorgehen, wenn es gar der Vermehrung des Unternehmerrginnens dienen soll. Inwiefern die deutschen Schufabrikanten diese verwerfliche Praxis üben, ahnen sie nach 85 Jahren ein schlechtes Beispiel englischer Schufabrikanten nach. Im Sommer 1886 sperrten darnach die Schufabrikanten zu Leicester ihre Arbeiter zur Ergründung von Lohnreduktionen aus, worüber ein Aufruf der organisierten Schuhmacher an die gesamte organisierte Arbeiterchaft Englands folgendemmaßen lautet: „Seit etwa 20 Jahren wurde die Schuhmacherei in Leicester ungenügend durch die Einführung des Wetens statt des Wagens. Gute Löhne konnten damals verdient werden. Bald dehnte sich dieses neue Geschäft sehr aus. Große Konkurrenz zeigte sich unter den verschiedenen Firmen, welche den geschmackvollsten Artikel liefern konnte. Kurz nachher jedwede Entrung eine schlechte Art der Konkurrenz, nämlich, die, einander im Markt zu unterbieten. Die schädlichen Folgen offenbarten sich bald in Lohnerhöhung und so reichend schnell war der Fall im Preise der Arbeit, daß viele Firmen jetzt nur noch die Hälfte des ursprünglichen Lohnes zahlen, und dennoch, obgleich die Löhne tiefer und besser sind, scheinen die Profite mit jeder Herabsetzung des Arbeitslohns zu wachsen.“ Das war in England vor 85 Jahren. Seit längerer Zeit aber besteht in der englischen Schuhindustrie die Tarifgemeinschaft mit Minimallohnen, die zum Nutzen beider Teile und daher zum Nutzen der gesamten Schuhindustrie auch während der Krise aufrecht erhalten bleiben.

Wenn heute die deutschen Schufabrikanten die ohnehin unzulänglichen Arbeitslöhne ihrer Arbeiter reduzieren wollen, so können sie dieses Vorgehen nicht mit der ausländischen Konkurrenz begründen, denn diese ist in Deutschland gegenüber dem großen Gebrauchsbedarf an Schuhen fast bedeutungslos und sodann wird auch im Ausland keine Lohnreduktionen vorgenommen. Ferner verkauft die amerikanische Konkurrenz in Deutschland, soweit sie überhaupt vorhanden ist, zu teureren Preisen als die deutsche Schuhindustrie und sind in den amerikanischen Schufabriken die Arbeits- und Lohnverhältnisse erdbildlich besser als in den deutschen. Auf die **Arbeitswirtschaft**, die die schlechtesten Arbeitslöhne mit der Arbeitskraft des lohnarbeitenden Volkes getrieben wird und auf das unwürdige Verleben hat schon vor Jahren ein deutscher Nationalökonom — ein bürgerlicher! — hingewiesen mit den Worten: „Eine Volkswirtschaft, welche ihre Gewerbe-Produkte für den Weltmarkt fortgesetzt mittelst übermäßiger Arbeitszeit und dürftigen Lohnes billig produziert, bietet dem Auslande den föhlichen Anblick eines Volkes dar, das ganz aus freien Stücken großen Bestandteil seiner Angehörigen ohne alle Gegenleistung des Auslandes (aber auch des Inlandes) zurverfügt, sich für fremde Nationen abzugeben. Seine gewöhnlichen Arbeiter müssen auf die Entlohnung ihrer Personlichkeit verzichten, damit die Fabrikanten und Großhändler den Markt, den sie im Inlande zerrissen, im Auslande wieder erziehen. Ihre Persönlichkeit ist nicht mehr Selbstzweck, sondern einseitig der Persönlichkeit anderer dienbar geworden.“ Die Volkswirtschaft, die sich weigert, das Schlimme anzunehmen und übermäßigen Arbeitszeit und niedrigen Löhnen anzuhängen, bloß weil der auswärtsige Handel abzunehmen droht, dient nicht mehr den Zielen des ganzen Volkes, sondern nur denen eines Teiles, desbes, sie ist nicht mehr eine Volkswirtschaft, sondern ist zu einer Klassenwirtschaft herababgewürdigt.“ (Weber: Die englische Fabrikinspektion, 2. Auflage.) Diese Ausführungen treffen in ihrem Wesen auch auf das Inland zu. Wer ist denn der Fabrik- und Werkstatt-Schuhmacher dafür dankbar, daß sie für Hungerlöhne arbeiten und weissen Dank haben sie zu erwarten bei weiterer Reduktion derselben? Niemand ist ihnen dafür dankbar, weder der Schuhmacheremeister und Schuhfabrikant, noch der Schuhhändler und Konsument, dagegen wird angefehrt der Arbeiter, der Schuhmacher nicht selten mit Betrugung von den „Schufern“ geredet.

## Soziale Bundschau.

**Ein neuer Versuch zum Schutze der „Arbeitswilligen“** wird von mehreren Handelskammern gemacht und zwar durch entsprechende Abänderung der Gewerbeordnung. Nach deren bisherigen Bestimmungen können Gesellen und Gehilfen vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Zustimmung u. a. entlassen werden, wenn sie sich Thätigkeiten oder große Beschäftigungen gegen den Arbeitgeber oder seine Vertreter oder gegen Familienangehörige des Arbeitgebers oder seine Vertreter zu schulden kommen lassen. Es wird nun geplant, den in den zuständigen behördlichen Stellen in Antrag zu bringen, daß eine Ergänzung dieser Vorbestimmung auch vor sich gehen darf, wenn Gesellen und Gehilfen sich Thätigkeiten oder große Beschäftigungen gegen ihre Mitarbeitenden zu schulden kommen lassen. Ob die Bewegung Aussicht auf baldigen Erfolg hat, ist wie die „V. R. N.“ bemerken, um so zweifelhafter, als in den zuständigen Regierungskreisen an der Ansicht festgehalten wird, an einer Änderung der Gewerbeordnung ohne zwingenden Grund vorläufig nicht heranzutreten. — Der Versuch zeigt, daß die Reaktion zur Diktatur wieder heraufkommt, wenn man sie zur Bordenbüre hinausgeworfen hat. Die Scharfmacher sind unermüdetlich an der Arbeit zum Schutze ihrer geistlichen- und gewinnungsunverwandten Streikbrecher und führt die aufregende Form der Justizvorsorge nach zum Ziele, so probieren sie es mit der harmlosen, in ihrer Wirkung aber ebenfalls vernichtenden Form der sofortigen Entlassung oder ertlichen Arbeiter, welche aus Selbstachtung und moralischen Heiligkeitstünden diesen Streikbrecher-Schulteries den Wubertus verweigern.

**Jächtigung der Lehrlinge.** Lieber das den Lehrlingen gegenüber herrschende Jächtigungsrecht der Lehrherren bestehen vielerlei falsche Auffassungen. Zunächst ist zu bemerken, daß gesetzlich ein Jächtigungsrecht nur gewerblichen Lehrlingen gegenüber besteht, kaufmännische Lehrlinge oder einer solchen gesetzlichen Bestimmung nicht unterliegen. Erst kürzlich wurde in Berlin ein kaufmännischer Lehrherr wegen föhrlicher Jächtigung seines Lehrlings in Geldstrafe genommen. Sodann ist bemerkt, daß auch in gewerblichen Betrieben der Lehrherr allen Anlaß hat, in der Ausübung des Jächtigungsrechtes vorständig zu verfahren. Schläge und Stöße gegen den Kopf, Drücken, Hippenhölle, Anwendung unpassender Instrumente und gefährlicher Gegenstände sind durchaus zu vermeiden. Verhöhnendheit haben Gerichte denselben Strafen z. B. wegen Dröhnens der Lehrlinge verhängt. Zu bedenken ist auch, daß der Lehrherr für den Lehrling zu gestrige Verletzungen eventuell zivilrechtlich in sehr scharfbarer Weise in Anspruch genommen werden kann. Wir sind der Meinung, daß dem Lehrherrn überhaupt jedes Recht zu föhrlicher Jächtigung beim Wubertung des Lehrlings entzogen werden sollte, da sich hierbei um einen Akt brutaler Gewaltthat handelt. Dieser Entzug sollte um so eher geschehen, als gar viele „Lehrherren“

schwere Anklagen gegen den „Vorwärts“ erhob und die Arbeiter aufzubereite, sich von der Sozialdemokratie loszusagen. Das war für jene Presse und das Unternehmertum ein gefundenes Fressen. So berichtet u. a. auch die „Bismarcker Zeitung“: „Die Rede, welche der Kaiser nach der Beerdigung Krupps im Wartesaal zu Ehren an die Beamten und Vorarbeiter des Kruppischen Werkes gerichtet hat, gab dem hiesigen Fabrikantenverein Anlaß, folgendes Zustimmungstelegramm an den Kaiser zu senden: „Se. Majestät, dem deutschen Kaiser, Berlin. Ehrerbietigst unterzeichnete Korporation gestattet sich, Eurer Kaiserlichen Majestät die herzlichsten Dank auszusprechen für die goldenen Worte, welche Ew. Majestät gesprochen anläßlich des alzu frühen Ablebens unseres größten deutschen Industriellen. Mögen diese fernbestehenden Wagnungen unsere kräftigen Wubertung finden in den Herzen u. i. jeder betroffenen Arbeiter. Allergewürdigster Fabrikantenverein.“ Daraus ist folgende Antwort eingelaufen: „Seine Majestät der Kaiser und König lassen für die treue Kundgebung danken. Auf Allerhöchsten Befehl der Geh. Ratskanzlei v. Lucanus.“ Wir sind nicht unempfindlich gegen die Empfindungen von Fabrikanten, besonders wenn dieselben eine sich immer mehr entwickelnde starke Organisation der Arbeiter gegenüber überlegt und können uns denken, welche herrlichen Eindrücke die Stelle der Kaiserrede auf unsere Bismarcker Schufabrikanten ausübte, daß sich die Arbeiter von den Agitatoren loslagern wollten. Ja, es wäre allerdings für unsere Schufabrikanten viel vorteilhafter, wenn die Arbeiter alle in einen christlichen Gewerbetreibenden oder Arbeiterverein oder in einen königlich preussischen oder königlich bayerischen Arbeiterverein eintraten würden und geduldig warteten auf die Vorarbeiten, die von der Herrsch. Räte fallen, statt Forderungen zu stellen, auf angemessenen Lohn, unangenehme Bezahlung, Gleichberechtigung in politischer und wirtschaftlicher Beziehung. Die Arbeiter wissen heute selbst, was ihnen nutzt, mer ihre Freunde und wer ihre Feinde sind.

**Leberhändler und Schuhhändler.** Die „beste aller Welten“, wie interessierte Schwärmer die faule kapitalistische Wirtschaftsordnung zu beneimen behelfen, zeitigt immer wieder neue und neue Wuberten. Die Schuhmachereigenen in Ulm a. D. gründeten eine Arbeitsgenossenschaft und schickten dadurch ganz naturgemäß das Geschäft der Leberhändler. — Einer derselben errichtete nun, wohl nach dem schönen Grundsatze „Wurk wieder Wurk“, einen Schuhhandel und in Verbindung damit ein Maßgeschäft, für das er tüchtige Arbeiter gegen 20 Prozent höheren Arbeitslohn, als der ortsübliche ist, suchte. Nun lange Geschäfte bei den entlaufenden Schuhmachereigenen, die auf solche unerhörte Niederträchtigkeit nicht gefaßt waren und Aufruf an alle Schuhmachereigenen zum Boykott — das Wort wird freilich mißbraucht — gegen den Mißliebten, der sich erwehrt, von der Gewerbebehörde Gebrauch zu machen und Schuße zu verkaufen, wenn er kein Leber verkaufen kann. „Obermeister! Vorhände! Bringt solche Fälle in den Versammlungen zur Sprache und fernsehnig solche Handlungen in gehobener Weise.“ Der Aufruf trägt außer der Unterschrift des Zunmungs Vorstandes auch diejenige des Gewerkeausschusses, der wohl von ertieren zur Unterzeichnung veranlaßt worden ist. Dies hätte sich der Weltanschauung iparen können, denn die Arbeiter haben nicht das mindeste Interesse an einer Beschränkung der Gewerbefreiheit und an Privilegien für reaktionäre Zunmungsmeister.

**Von den Zulimern der zusammengebrochenen Existenz in Pirmasens.** Welche enorme Verluste die Schuh- und Lederindustrie am Plage gelitten hat, beweisen die Ergebnisse folgender Konture, bei denen die Schulpflichtigen besprochen: Wehr. Kettef. Schuhfabrik in Pirmasens, 320 418,92 M. Wubertung und 4944,47 M. Mitta. Friedrich Kettler, Schuhfabrikant in Pirmasens, 54 628,12 M. nicht bevorrechtigte Forderungen und 1101,87 M. Wubertung; Heinrich Kaufmann, Schuhfabrikant in Pirmasens, 61 994,70 M. nicht bevorrechtigte Forderungen und 5977,79 M. verfügbare Wubertung; Fr. Wolschtein, Leberhändler in Pirmasens, 191 981,67 M. Wubertung und 7679,28 M. Mitta, die Ergebnisse sehen einen Ausfall von 609 266,42 M. Forderungen.

**Gefanzte Sohlen für Schuhhändler.** Die Firma Einemann u. Schmitz in Duisburg hat ein neues Unternehmen begonnen. Sie liefert gefanzte Sohlen und Oberleder in paarweiser Zusammenstellung für Reparaturarbeiten an Schuhhändler und Schuhmacher. Dabei stellt die Firma auf den Vorkug der genauen Kalkulation und Kontrolle und der gleichmäßigen Dualität hin, den diese gefanzten Sohlen namentlich den Schuhhändlungen bieten.

**Erhöhung der Lederpreise** wird fortwährend von allen Seiten im In- und Auslande gemeldet und weitere Preisverhöungen auf Anfang des nächsten Jahres in Aussicht gestellt. Dem Beispiel der deutschen Leberfabrikanten folgt nach und nach auch die französischen, belgischen und österreichischen, so daß man auf der ganzen Linie von teurem Leder reden kann.

**Amerikaner und Deutsche** seien es nach einer Pariser Korrespondenz des „Schuhmarkt“, welche in den mechanischen Schuhfabriken Frankreichs die Arbeiter anlernen. Durch diese Zusammenstellung werden und zwar mit Recht die deutschen Arbeiter den amerikanischen gleichgestellt, d. h. gleich leistungsfähig ertarkt. Wie steht es aber mit der Höhe der Arbeitslöhne in Amerika und in Deutschland? Nun, es ist bekannt, daß in Amerika die Schuhmachereigenen erheblich höher sind, als in Deutschland, also hier für die gleiche Vebertung den deutschen Fabrikhändlern viel geringere Löhne gezahlt werden. Das heißt auch der „Schuhmarkt“ sehr genau, aber er hat dagegen nichts einzuwenden.

**Aus Bamberg** wird uns geschrieben: Anläßlich seines 50. Geburtstages gab der Schuh- und Schäftefabrikant Herr Kommerzialrat Mang seinen gesamten Personal am Sonntag, den 29. November einen feierlichen im großen Saale des „Palast-Bärenkellers“. Die hierbei zu Tage geföhrten sinnigen Erörterungen seitens der Arbeiter als Zeichen der Freundschaft und des Dankes für das veranlaßte schöne Fest hatten Herrn Mang höchlich ertreut, wofür er auch seinen Dank in herzlichen Worten zum Ausdruck brachte. Die Gefanzungsvorbereitungen der Männer, sowie Müst und sonstige Vorträge bildeten die fernere Unterhaltung des Abends und wor man bis nach Mitternacht in frohlicher ungewöhnlicher Weise beisammen, welcher Festverlauf jeder Anwesenden in Erinnerung bleiben wird. — Befonders dankt würde sich Herr Mang der sämtlichen in der Schuhbranche thätigen Arbeitern und Arbeiterinnen verdienen, wenn er seine Stellung dazu benutzen würde, gerechte Forderungen der Arbeiter bei seinen Standesgenossen unparteiisch zu vertreten. Der Verband, an dessen Spitze er steht, läßt in dieser Richtung vieles zu wünschen übrig.

## Aus dem Reichstag.

Eine Gewaltthat, begangen von der Mehrheit des Reichstages, reißt sich die andere und immer eine brutaler wie die andere. Nachdem die Jöller und Wubertung die Doppelknoten durch willkürliche Abänderungen der Geschäftsordnung, Schlussanträge, Anträge auf Uebertagung zur Tagesordnung, zu fringularen Justen und selbst alle diese Mittel nichts nützten, die geradezu bedenkliche Opposition in ihrer Wubertung zu hindern, greifen diese zu einer neuen Vergeheimlichung. Wähler kommen die Redner noch durch Anträge auf Zurückverweisung der betreffenden Jöllpositionen an die Kommission, oder im Rahmen der Geschäftsordnung die Wubertung zu verhindern. Das paßte der päpstlich-junkertlichen Wubertung nicht; denn wenn sie auch nicht den Verhandlungen im Saale betömpfen, sondern lieber am Hüßel des Reichstages durch Sturz und andere ledere Dinge ihre Gassen spielen, oder in den Gassen und Wandelhallen ihre ert importierten Savanas schmücken, so

geht ihnen doch zurzeit Zeit verloren, wie sie den Postkorb im Saal nach Hause schleppen können. Ein solcher Sturz von morgens 10 Uhr bis nachts 11 Uhr tagen um die Doppelknoten zu ermden, — denn sie selbst sind im Restaurant und kommen nur, wenn abgestimmt wird — aber die Opposition ist jäh und sehl. Nun haben sie einen neuen teufelischen Plan und Antrag ausgeschelt. Der Antrag ist von 210 Abgeordneten, darunter auch den Nationalliberalen, unterschrieben. Er lautet:

„Der Reichstag wolle beschließen: Den ersten Satz des § 44 der Geschäftsordnung durch folgende Bestimmungen zu ertzen: Das Wort zur Geschäftsordnung wird nur nach freiem Ermessen des Präsidenten ertteilt. Eine von demselben zugelassene Bemerkung zur Geschäftsordnung darf die Dauer von 5 Minuten nicht übersteigen.“

Die geltende Geschäftsordnung enthält folgende Bestimmung: „Sofortige Zulassung zum Worte können nur diejenigen Mitglieder verlangen, welche über die Verweisung zur Geschäftsordnung reden wollen.“

Mit diesem Antrag, der sicher Annahme findet, ist die Diktatur im Reichstage eingeführt und hoffen die Junker und Wubertung, daß sie dem deutschen Volke den Wubertungstanz noch auf den Weisheitsstisch legen können. Die „Börsliche Zeitung“ und andere bürgerliche Blätter nennen dieses Vorgehen eine Ungeheuerlichkeit, doch die Junker und die mit ihnen verbundenen Wubertung und Nationalliberalen sind abgebrüht gegen moralische und rechtliche Anmerkungen.

Am Donnerstag kam es zu starken tumultarischen Szenen, als der ertige Vizepräsident v. Stolberg den Abg. Singer, der sich zum Worte gemeldet und dem es von dem ertigen Präsidenten verweigert war, nicht der Reide nach das Wort ertteilt. Singer verpackte, auf der Treppe zum Präsidium sitzend, energisch das Wort, unterläßt von seinen Genossen. Der Präsident rief im Verlaufe des allgemeinen Kumults Singer dreimal zur Ordnung und schloß ihn von der Sitzung aus. Darüber mußte die Sitzung ert recht und die Sitzung mußte um 1/2 Stunde verpagt werden.

Bei den Positionen Untertrage- und Gerbstofflösen wiesen Kunz und Kollege sod das an der Hand von Tatsachen ungebuehrliche dieser Jölle nach, die die ganze Leber- und Schuhindustrie gefährden. Doch finden solche Ausführungen bei der jöllen Mehrheit keine Berücksichtigung.

Wüchten sich nur die Arbeiter alle diese Vorkommnisse recht tief in das Gedächtnis prägen, damit, wenn sie wieder entscheiden sollen, sie sich klar darüber sind, keine neue Gesetze zu begeben.

## Agitationsbericht aus Thüringen und Sachsen.

Die Agitationskommission in Erfurt beantragte den Unterzeichneten, in mehreren Orten des Thüringer Agitationsbezirktes Verammlungen abzuhalten. Die Agitation fiel in die Zeit vom 14. November bis 1. Dezember. Verammlungen fanden statt in Götting, Erfurt, Arnstadt, Seltbitt, Weisfeld, Magdeburg, Wubertung, Nordhausen, Weisfeld, Alenbun, Schmödn, Weiba, Weisfeld resp. Weisfeld, Ehrenreiterbun, Jrenlau und Grotzsch. In den letzten vier Orten fanden die Verammlungen nicht die Verammlungen der Weir. Verammlungen statt, daselbst gilt auch für Weisfeld-Magdeburg; die Agitation geht Verammlungen gingen von der Thüringer Agitationskommission aus. Das den Besuch der Verammlungen anbetreffend, so ist vertriebe als ein gut mittelehriger zu bezeichnen, obwohl einige Orte, z. B. Weisfeld, mehr Verammlungsbesucher hätten aufweisen müssen.

Unsere Verammlungsbeamten müssen vor allen Dingen in der Agitation für Verammlungen von den Kollegen mehr als bisher unterläßt werden. Der ertliche Gewerkeführer muß ertnehmen in der Agitation und Propaganda für unsere Sache, wenn er sieht, daß die ganze Arbeit auf ihm allein lastet und die große Anzahl der Kollegen nicht nur teilnahmlos beisteht, sondern lieber Vergnügungen höchst zweifelhafter Art nachjagt und sich um die Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen jast gar nicht kümmert, die Sorge hierfür einfach den wenigen ertigen thätigen Kollegen überläßt. Dieses muß bei uns aufgehört und gerade die jetzige Zeit halten wir am besten für geeignet, daß wir alle unsere Kräfte in der Agitation einsetzen und die Werbetrommel ruhiger zur Gewinnung neuer Mitglieder. In jast allen Orten wurde mir berichtet, daß gegenwärtig der Gedächtnisgang wieder etwas besser wäre und daß es den Anschein hätte, als ob die schlimmste Periode der gefanzlichen Depression vorüber sei. Zu wünschen ist jedenfalls, daß unsere gefanzliche Thätigkeit recht bald und auch in größerem Umfange eine Besserung aufweisen kann, damit die ohnehin schon sehr drückenden Sorgen nicht noch vergrößert, sondern von der Behauptung des Arbeiters fern gehalten werden.

Erwarte darum ist es auch in der Zukunft dringende Pflicht unserer Kollegen, nicht nur die heutige Mitgliederzahl zu ertalten, sondern vor allem auch immer mehr Mitglieder zu erwerben juchen. In einigen Orten hatten wir recht gute Erfolge durch Kaufnahmen zu verzeichnen. Wenn die Kollegen, mit denen der Unterzeichnete sich des näheren über die jetzige Agitation auspricht, das halten, was sie versprochen, dann werden in Zukunft nicht nur die vorhandenen und die neu gewonnenen Kollegen in den Reihen des Vereins deutscher Schuhmacher treu ausstehen, es werden dann auch noch jene viele vor denen gewonnen werden, die uns heute noch fernsehen. Wird ununterbrochen seitens der Kollegen agitiert und die Unzufriedenen, mit denen wir zusammen arbeiten, auf den Verein deutscher Schuhmacher hingewiesen, dann werden dieselben auch unserer Sache zugestehen werden. Kommt ert besserer Geschäftsgang, dann soll uns derselbe nicht als desorganisierte Masse überlassen. Nein, Kollegen, wir wollen und müssen uns jetzt rüsten, damit auch wir von einer besseren Geschäftsperiode Nutzen ziehen können und nicht auf die Gnadenbuden unserer „Vereen“ angewiesen sind.

Unsere Agrarier juchen mit allen Mitteln einen höheren Getreidegolg zu erlangen. Das unentbehrliche Lebensmittel, das tägliche Brot, wird dadurch empfindlich verlostert, andere ebenfalls notwendige Gebrauchssartikel jollen gleichfalls mit höheren Jöllsätzen belegt und dadurch im Preise künstlich in die Höhe gebracht werden. Auf der anderen Seite wird versucht, das Einkommen der Arbeiter herabzudrücken. All das muß unsere Kollegen veranlassen, mehr und mehr sich zur Wubertung der wirtschaftlichen Interessen zusammenzuschließen, um kommenden Kämpfen gegenüber genappert zu sein. Noch liegt vieles in unserem Verste im argen. Manches ist schon durch den Verein deutscher Schuhmacher gebessert worden, vieles gibt es noch zu bessern, viele Uebelstände sind noch zu beseitigen. Das kann ert werden, wenn unsere Kollegen sich samt und jonders im Verein deutscher Schuhmacher zusammenfinden.

Dieser Zusammenjuch muß für unsere Kollegen unjomehr zu einer gebotenermaßen Notwendigkeit, als gerade gegenwärtig die ganze rationelle Praxis zu einer fröh-fröhlichen Jag gegen die Arbeiterklasse losgelassen ist, um das, was den Arbeitern noch an Rechte verbleiben ist, vollständig zu zerstören und so die Arbeiter zu willenlosen Ausbeuterungsobjekten herabzubringen. In den von mir gehaltenen Vebertungen verjuchte ich, den Kollegen, das eben gesagte noch näher auseinanderzusetzen, und ich hoffe, daß die Kollegen die Aufgabenstellungen aus dem Gehörten ziehen und immer mehr für unsere Organisation mitten werden.

Rürnberg. Fr. K. H. L.

ist nicht erzoget sind und daher auch keine Lehrlinge sollten haben dürfen.

**Wollfabrik und Wollwäscherei.** Aus Hamburg wird berichtet, daß keine Färberei taugt zu beschaffen sind und eine andere gute Nachfrage nach solchen Färberei, da bei den hohen Schmalzpreisen der Bedarf für Kunstseife und sonstige Saucen sehr bedeutend ist. Da die unvollständigen Nahrungsmitel infolge der Preisermittlung für die großen Massen des arbeitenden Volkes zu teuer sind, müssen sie sich mit minderwertigen Surrogaten begnügen, wobei die ganze Lebenshaltung eine Verschlechterung erfährt. Aber wenn nur die Junker gute Seife färbt.

**Mit Parabeln.** Jüden nach dem allbekannten kapitalistisch-demagogischen Text die Weber-Fabrikanten in Meerane die öffentliche Meinung irren zu fädeln. Bis zu 28 und 30 Mk. pro Woche sollen die Weber verdienen und trotzdem wollen sie noch Lohnverhöhung. Diese unverschämten Weber! Aber es dürfte nur wenige Leute geben, welche die Parabeln ernst nehmen und ebenso wenig die Behauptung der Fabrikanten, daß sie zu Grunde gehen würden, wenn sie die Hungerlöhne der streikenden Weber um etwas erhöhen müßten. Ein Meeraner Fabrikant selbst wendet sich in bürgerlichen Wärttern gegen diese Verlogenheit und böswärtigen Uebertreibungen, indem er schreibt: „Der Bericht-erhalter mag es sehr gut meinen, er scheint aber nicht selbst in der Braude beschäftigt zu sein, sonst würde sein Bericht anders lauten. Ich bin selbst Fabrikant und lache, wenn es heißt: 'Die Fabrikanten seien bei Zahlung noch höherer Löhne in ihrer Größe gefährdet, schlimmstenfalls würden sie ihre Betriebe lieber ganz schließen.' Wer in unserer Branche arbeitet, weiß auch ganz genau, daß es ganz gleichgültig ist, ob eine Ware 10 oder 110 Pf. pro Meter kostet, dagegen ist es gewissen Fabrikanten nicht gleichgültig, wenn sie an einen feinen Cognat gekunden sind. Denn dadurch wird sie gebunden, festgelegte Löhne zahlen zu müssen, damit nicht der Wucher auf die Höhe der Rechnung der Löhne zu machen und andere Fabrikanten die ordnungsgemäße Löhne zu zahlen, Daraus aus den Fabrikanten zu zeigen. Warum nicht es denn nur gewisse Fabrikanten, welche in kurzer Zeit viele Hunderttausende zusammenbringen? Weil es eben nicht jeder fertig bringt, über Löhne zu wachen. Unsere Arbeiter hier sind fechtbar und beides, geht ihnen so viel, daß sie wie Menschen leben können, es wird nach Zufriedenheit herrschen und die Stadt wird blühen und gedeihen, was schon seit vielen Jahren nicht mehr mahnend ist, man braucht als Beweis nur die Einwohnerzahl zu verfolgen. Ein alter Moment.“ Das sind treffliche Worte, die auch auf die Schuhindustrie zutreffen und die die gegenteiligen Schwundelien vollständig aufdecken.

**Ein „nützliches Element“ in eigener Bedeutung.** In einer öffentlichen Bildhauer-Versammlung in Leipzig stellte sich ein Streikbrecher, der früher Vorsitzender der Agitationskommission der Bildhauer für Bismarck, Baden und Ostpreußen, mit folgenden Worten vor: „Ich bin der berühmteste Streikbrecher von Leipzig, mein Name ist B i e l a u d.“ Es wurde ihm dann von seinen ehrlichen Kollegen das Unwürdige seines Benehmens vorgehalten, worauf er selbst konstatierte, daß er der verdächtigste und befehlteste Bildhauer in Leipzig sei, aber er mache sich nichts daraus, im Gegenteil er freue sich darüber.“ Dieser Bismarck ist aber kein Ausnahmefall, er ist vielmehr der Typus der Streikbrecher, die von einer Heischregierung als „nützliches Element des Staates“ erklärt und zu deren Schutz die berühmteste Justizhausvorlage geschaffen wurde. Wegen solcher moralisch tiefstehenden Subjekte sollten die ehrlichen Arbeiter ins Zeughaus geschickt werden und sind tatsächlich schon hundertmal ins Gefängnis geschickt worden. Wie tief man damit seitens der Regierung wie der Justiz herabsteigt, scheint man in jenen Kreisen nicht zu ahnen.

**Der systematischen Streikbrecher** bedingt der „Vorwärts“ den christlichen Sozialistenverband, der nicht nur seine Mitglieder vor der Teilnahme an einem Ausschreit gegen den Anknüpfungswort in Berlin in der Beschlusse von Jena abgelehnt, sondern die Beschlüsse auch mit christlichen Sozialisten und durch Interimist der christlichen Sozialisten-Biz. und in der „Wart. Volkzeitung“ für Jüden gelebt haben soll. Ein solches Vorgehen der Christlichen richtet die natürliche Selbst in der Achtung aller ehrlichen Anhänger der Arbeiterbewegung.

**Folgen der Krisis.** In Bremen wird vom Senat eine Vernehmung der Landrichterlichen gefordert. In der Begründung der Forderung wird darauf aufmerksam gemacht, daß während im ganzen letzten Jahrzehnt die Zahl der Straffällen ziemlich gleich geblieben, sie im Jahre 1901 erheblich gewachsen sei; daß aber weiter das erste Halbjahr 1902 gegenüber dem ersten Halbjahr 1901 eine abnormale starke Steigerung, nämlich von 277 auf 389 aufweise. Höchsthöchstens haben wir es in dieser Erscheinung mit einer Folge der wirtschaftlichen Krisis zu thun. Erklärung doch auch kürzlich der Senator Stadtkämmerer, wie wir der Bremer „Bürgerzeitung“ entnehmen, daß das Unterdrückungsgefängnis infolge der schlechten Erwerbsverhältnisse überfüllt sei.

**8 Millionen Sozialisten** macht der berühmte Schatzmacherverband der Zentralverband deutscher Industrieller, auf die nächsten Reichstagswahlen hin mobil und zwar in Gestalt einer „Sozialen Volksbewegung“ und sozialdemokratischen „Volksbewegung“, deren Verfasser der in den weitesten Kreisen unbekannte H. Bürger und deren Verleger Maximal Wüch in Charlottenburg ist. In dem vom Schatzmacherverband an die Unternehmer veränderten Geheimzettel, das zu veröffentlichen die Magdeburger „Volksstimme“ in der Lage war, wird das Nachwort folgendermaßen angegriffen: „Die Schrift befaßt sich in außerordentlich willkürlicher Weise mit der Darstellung der Sozialdemokratie und eignet sich durch ihre leichtverständliche Art der Darstellung insbesondere für die Vorbereitung in den Kreisen der Arbeiter.“ Der Herr Verfasser hat die Absicht, die Schrift in etwa acht Millionen Exemplaren herstellen zu lassen und vor den nächsten Reichstagswahlen in 208 Reichstagswahlkreisen zu verteilen. Für diese Verbreitung wird sich der Herr Verfasser eine eigene Organisation (Klassen-) eine „Klassenbewegung“ des Arbeitergebiets hier in feiner Weise in Aussicht genommen.“ Die Unternehmer sollen nun die nötigen mühen Gaben flüssig machen, um Verfasser und Verleger ein gutes Geschäft zu ermöglichen. Für die Arbeiter wird es also auf die Wahlen hin keinen Mangel an Klebpapier geben.

### Frauenfrage und Hausindustrie.

Die letzte vom Vorsteher des Vereins deutscher Schuhmacher veranlaßte Agitation und dabei verbreitete Agitationschrift: „Ein erstes Wort zur Frauenfrage“ wurde Veranlassung, uns mehr als zuvor der Frauenfrage zu widmen, denn die Erhebungen beweisen die enorm starke Ausbreitung der Frauenarbeit in unserm Beruf.

Es fehlen uns fast alle Anhaltspunkte über Lohn, Arbeitszeit u. s. w. Dies veranlaßt uns aber die Frauen aufzufahren über ihre soziale Lage und sie zum Kampfe zu erziehen gegen das heutzutage Ausbeutungsregime. Weiber sind leitend der Kollegen und Genossen der Frauenfrage noch zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet, dies muß anders werden, die Arbeit darf keine halbe bleiben.

Die Frau trägt die heutige Arbeiterin da, die gleich dem Arbeiter zum Maschinenflaen herabgewürten ist? Im Vergleich zu letzterem ist sie noch viel bedauerlicher, nicht allein daß ihr Lohn für gleiche Arbeit viel niedriger ist als der des Mannes, wodurch sie keine Konkurrentin wird, sondern sie hat sich auch noch für ihn und die Familie nach gefasster Fabrikarbeit zu Hause mit der Wirtschaft bis in die tiefste Abzweigung.

Wenn die Frau nun zu Hause etwas verdienen kann und nicht in die Fabrik gehen muß, so erblickt die Arbeiterfamilie schon eine Erleichterung darin. Mag der Verdienst dabei auch noch so minimal sein, so ist dem Ernährer der Familie mit seinem unzureichenden Einkommen auch der kleine Betrag willkommen. Die Frau arbeitet dabei Tag und Nacht, die Schwindsüchtige stellt sich infolge dessen nur zu oft ein neues Kleid und neue Vor halten ihre Einküßer. Aber auch die Arbeit werden mit in den Dienst der Hausindustrie hineingezogen, jede freie Stunde wird ihnen geraubt, sie kennen keine Erholung beim Spiel, die glückliche Jugendzeit ist ihnen nicht bekannt.

Die Hausindustrie ist diejenige Betriebsform, bei welcher die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen am gewissenlosesten und raffiniertesten, für den Untermensch am erfolgreichsten betrieben wird. Alle Gesetze, die zum Schutze der Arbeiter erlassen werden betreffen nicht die Hausindustrie. Die Verhältnisse, Normalarbeitszeit u. s. w. kommen nicht in Betracht. Die Hausindustrie ist zu Hause. Niemand insiziert und verbietet die Räume der Armen, in denen für die Unternehmer gearbeitet wird, und die zugleich als Wohn- und Schlafraum, als Kinderzimmer und Spielplatz, als Küche und Wohnzimmer gelten. Warum auch inspezieren, man weiß ja ohnehin, daß dort an den Sklotten der Armut, Not und des Elends ein grauenvoller Zustand waltet. So bildet die Hausindustrie ein „Mißer nicht an“, das infolge weiter wächst und das jedenfalls erst mit der Abschaffung der Lohnsklaverei verschwinden wird.

Die Frauenfrage ist so eng verknüpft mit der Hausindustrie, daß sie als ungetrenntlich mit derselben verbunden werden muß. Als ein Beispiel sind die Frauen in der Schuhindustrie unserer Organisation gegenüber zu betrachten, die wie es hier vorgekommen ist, den Männern abtraten, der Organisation beizutreten, und diese infolge dessen lieber das Arbeitsverhältnis lösen, als sich einer Organisation anschließen. Darum haben auch wir das größte Interesse daran, für die Auslösung der Frauen über ihre soziale Lage Sorge zu tragen. Sorgen wir dafür, daß die Frauen aufgeklärt werden, sich mit den Arbeitern solidarisch fühlen zur Erreichung menschenwürdiger Zustände, so wird auch unsere Organisation die Früchte davon tragen. Also legen wir hierfür unsere ganze Kraft ein, ihre jeder Kollege seine Pflicht.

### Mitteilungen.

**Politisch.** Am 1. Dezember fand im „Lindenhof“ eine sehr zahlreich besetzte Versammlung der Zentral-Frauen- und Arbeitervereine statt. Eine sehr erregte Debatte entspann sich über die Aufhebung des § 12 Abs. 3. Es wurde beschlossen, beim Hauptvorstand eine außerordentliche Generalversammlung zu beantragen und diesen Antrag im Druck fassend zu stellen, zur Unterzeichnung zuzubehalten. Die Schlußarbeiten der hiesigen Mitglieder. Der Antrag ist bis zum 31. Dezember an den Bevollmächtigten hiesiger Zahlkreis, Robert Dörmann, Grünstraße 15, einzuliefern.

**Kaufm.** Im „Gartenhaus am Splanen“ fand am 26. Okt. eine Konferenz sämtlicher Vertreter der betr. Zahlkreise der Zentral-Frauen- und Arbeitervereine der Schuhmacher. Auch die 20. Wahlabteilung hatte aus Dresden einen Vertreter entsandt. Nach eingehender Berichterstattung unserer beiden Delegierten Wolf und Grimm über die letzte Generalversammlung einwöchige sich eine sehr anfeuert Diskussion über die Erziehung des § 12 Abs. 3 des Statuts. Sämtliche Anwesenden erhoben energisch Protest gegen den Beschluß der Generalversammlung und tadeln scharf die unerbötlichen und rücksichtslosen Verdrängungsversuche des Zentralvorstandes, sowie die grenzenlose Verdrängtheit derjenigen Delegierten, welche sich durch die recht merkwürdige sogenannte Statistik des Zentralvorstandes haben überlassen lassen. Es ist und muß immer unerrücklich daran festgehalten werden, daß der oberste Grundsatz unserer Kasse, was auch kommen möge, die Pflege der vollsten Humanität sein müsse. Dieser vornehmste Grundsatz der Kasse sei göttlich verleiht worden und an seine Stelle die schändliche Geldmacherei getreten. Die bedauerlichen Opfer dieses Beschlusses seien annehmbar als ältere Mitglieder der Kasse, welche neben dem auf sie geschiedenen Verdräng der Simulation auch die empfindlichste materielle Schädigung erleiden. Die Einmütigkeit, mit welcher die Konferenz ihre Wünsche zu erkennen gab, fand in nachgehendem Protest ihren besten Ausdruck.

Die von den Verwaltungsstellen der 19. Wahlabteilung am den 26. Oktober nach Hause einberufene Konferenz hat nach eingehender Beratung des in der letzten ordentlichen General-Versammlung zu Stuttgart angenommenen Antrages des Vorstandes betreffs Streichung des § 12 Abs. 3 des Statuts beschlossen, gegen diesen Beschluß energisch Protest zu erheben. Die Konferenz erblickt in der Annahme dieses Antrages eine in der Geschichte der Zentral-Frauen- und Arbeitervereine der Schuhmacher und verw. Berufsgenossen bisher nie gekannte Rücksichtslosigkeit gegenüber den älteren und doppelt verdrängten Mitgliedern, welche durch dieselbe hart und schwer getroffen werden. Die Konferenz fordert hierdurch alle Mitglieder der Kasse, welche sich durch den Beschluß in ihren berechtigten Interessen geschädigt fühlen, auf, in gleicher Weise dagegen Protest zu erheben. Die Konferenz behält sich in dieser Angelegenheit weitere Schritte bevor.

**Wahlk.** In unserer am 2. Dezember tagenden Mitglieder-Versammlung wurde nach längerer lebhafter Diskussion, in der das für und wider reichlich erörtert wurde, mit allen gegen drei Stimmen beschlossen, das nächste Frühjahr in eine Lohnbewegung einzutreten. Die Abstimmung über die anzuführenden Forderungen wurde bis zum 16. Dezember vertagt. Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

**Zweites.** Am Sonntag, den 29. November fand im „Gartenhaus am Splanen“ eine öffentliche Arbeiter-Versammlung statt, zu welcher Kollege F. Kille aus Nürnberg das Referat übernommen hatte. Das Thema lautete: „Die verschiedenen Strömungen in der deutschen Gewerkschaften“. Neben sozialistische die Anfänge der deutschen Gewerkschaftsbewegung und kam im Laufe seines Vortrages auch auf die kirchlich-Darwinischen Gewerksvereine zu sprechen, die neben ihren unterstützungsbezüglichen hauptsächlich die Harmonie zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu pflegen suchen. Treffend wies der Redner nach, daß letzteres ein Unding ist, indem die Gegensätze so verschieden wären, daß dieselbe nie zulaufen kommen könne. Es habe sich denn auch gezeigt, daß in der Bekämpfung gegen die vielen Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse, namentlich in der Schuhindustrie, der Gewerksverein niemals ernstlich in Frage gekommen sei, immer habe diese Kampfe mit dem Unternehmer auszufechten in der Hauptsache der Verein deutscher Schuhmacher auszufechten gehabt. Es müßte daher als ein großer Fehler betrachtet werden, wenn sich die Arbeiter in mehreren Organisationen gesplittert, was, wie schon erwähnt, den Kampf gegen den gemeinsamen Feind nur erschwere. Er forderte deshalb auf, sich den modernen Gewerkschaften anzuschließen, welche für die Schuhmacher der Verein deutscher Schuhmacher jet. Derselbe ist stets zur Erreichung für bessere Arbeitsverhältnisse eingetreten und habe auch unterstützungsbeziehungen geschaffen, in für die Mitglieder von Bedeutung sind. Der redende Beisitzer, welcher Kollege Kille, geizvoll wurde, bewies, daß man mit einer Ausföhrung einverstanden war. Von einer Diskussion über diesen Vortrag wurde auf Wunsch des Kollegen Jahn abgesehen. Darauf fand eine Resolution, die den Eintritt in die modernen Gewerkschaften jedem zur Pflicht macht, einstimmige

Annahme. Verschiedene Anregungen, die bei dem Punkte freie Diskussion gegeben wurden, führte Kollege Kille in seinem Schlusswort zusammen und empfahl deren freie Ausführung. Vor allem müsse die arbeiterfeindliche Presse gemieden werden und habe die Arbeiterfrage dafür zu sorgen, daß diejenigen Vorkäte unterstütz werden, die den Arbeitern zur Verfügung stehen. Unstreitig hatten Kolles Ausführungen den besten Eindruck auf die Anwesenden gemacht und erfolgten darauf mehrere Anknüpfungen in unsern Bereich.

**Wirtschafts.** Von großem Interesse für sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Schuhindustrie sind die Ergebnisse ihrer großen Erfolge, welche in letzter Zeit der Verein deutscher Schuhmacher in Bismarcks und Splanen zu erlangen hat. Wie bereits gemeldet, fanden die Zweiter bei der Firma Gaus & Urban in Nordalben im Streit. Die Firma Gaus & Urban kauft ihre Zwickauer auswärts anfertigen zu lassen. Es waren bereits drei Rufen Schäfte, Resten und sonstiges nötige Material in Zwickau angelangt und ein kleiner Teil davon den dortigen Zwicklern bei der Firma Jper in Arbeit gegeben. Durch Kollege Höltermann-Bismarcks auf ihr Zehn aufmerksam gemacht, erklärten sich die Zwickler sofort und Herr Jper mußte sich bequemen, die Streikarbeit fahren zu lassen. Unterdessen kam die Arbeitsentlohnung bei der Firma Gaus & Urban vor das Gewerkegericht. Die Firma hatte wegen Kontraktbruch geklagt, während die Gefälligen auf Entschädigung und wegen Verdrängung klagten. Die Klagen wurden jedoch zurückgezogen, nachdem die Firma mit der Arbeiterkommission eine Verhandlung hatte, an der auch der Orts- und Zentralvorstände, A. Fuchs und J. Simon, teilgenommen hatte. Die Firma erklärte auch offen, daß sie für die großen Fabrikanten nicht die Last durch den Beschluß wolle. In dieser Verhandlung wurden jedoch sämtliche Forderungen der Arbeiter bewilligt und die Klagen zurückgenommen. Sämtliche dort beschäftigten Zwickler haben die Arbeit wieder aufgenommen. Damit ist der Plan der Fabrikanten, die Organisation zu sprengen, gescheitert. — Auch in der Baugeschäft Schuhfabrik haben die Zwickler Lohnforderungen gestellt, in einzelnen Artikeln bis zehn, in anderen bis 20 Prozent. In weniger vorerwähnten Artikeln wurden die Forderungen gleich bewilligt, während den meist zu fabrizierenden Artikeln gegenüber ein ablehnender Standpunkt eingenommen wurde, so daß nur eine geringe Anzahl der Zwickler Vorteile von der Lohnverhöhung hatte. Nachdem die Zwickler die Arbeit niedergelegt und die Arbeiterkommission mit der Firma verhandelt hatte, kam ein Vergleich dahin zustande, daß den bereits bewilligten Artikeln ein Bruchteil abgezogen wurde, der auf die nicht berücksichtigten Artikel aufgeschlagen wurde. — Auch der Zwickler bei der Firma Splanen in Nordalben ist zu Gunsten der Arbeiter nach dreiwöchigem Kampfe entschieden worden. Obgleich diese Kollegen erst kurze Zeit organisiert sind, haben sie trotz der großen Opfer teils ausgehalten. Vor vierzig Tagen schon glaubte man, der Streit sei beendet, doch scheint sich Herr Splanen von dem dortigen neugegründeten Fabrikantenverein beeinflusst haben zu lassen. Dadurch hat sich aber gezeigt, daß auch der Fabrikantenverband nichts vermag, wenn die Arbeiter einig sind. — Ist unsere Organisation noch mehr gestärkt, wird sie auch für weitere Verbesserungen unserer traurigen Lohn- und Arbeitsbedingungen eintreten und allmählich erreichen. Ihre Forderungen in dieser Beziehung seine Pflicht. — Der längere Streit in einer Woche zu Gunsten der Arbeiter beendet. — Der Streit bei der Firma Gaus & Urban, nachdem einige Verhandlungen gescheitert sind. — Außerdem wurden während vergangener Woche noch einige Lohnforderungen zu Gunsten der Arbeiter erledigt. So läßt sich durch die Einigkeit mehr erreichen, als die Arbeiter früher für möglich gehalten haben. Um so mehr müssen wir die Organisation stärken. Kollegen seid dessen eingebend.

### Erklärung.

Zu der Erklärung der Firma Oberle & Treibmann in letzter Nummer des „Schuhmacher-Zachblatt“ sehe ich mich veranlaßt, etwas näher auf diese Angelegenheit einzugehen. Die Firma sucht durch diese Erklärung wieder einmal ihre Hände in Unschuld zu waschen, indem sie ganz einfach die Schuld auf die Arbeiter schieben will.

Zur Sache sei hier mitgeteilt: Nachdem das Anerbieten der Firma, von 50 der Ausgeperrten 8, die am schwersten zu entbehren waren, wieder einzustellen, von den Arbeitern zurückgewiesen worden war, suchte die Firma an einzelnen Kollegen heranzugehen und diese zur Rückkehr in ihre Fabrik zu bewegen. Das Komitee der Ausgeperrten sah sich veranlaßt, ein Schriftstück der Firma zu übergeben, in welchem ausgedrückt wurde, wenn die Firma beschuldigte, die noch Ausgeperrten wieder einzustellen, so hat sie direkt an das Komitee wenden möge. Daraufhin sandte Herr Treibmann einen Boten an die Ausgeperrten und wünschte vier Kollegen, welche er selbst bezeichnen, zwecks Unterhandlung. Diese verließ in der bereits angegebenen Weise, daß die Firma das Versprechen gegeben, 11 Kollegen am 29. September wieder einzustellen, während die übrigen (noch 9) in 14 Tagen anfangen sollten, mit Ausnahme von 4. Die 14 Tage waren bald um, aber eingestellt wurde niemand. Die hiesige Agitationskommission sah sich durch das Verhalten der Firma gezwungen, einen Beschluß herbeizuführen, wonach die bereits in Arbeit getretenen 11 Kollegen die Arbeit wieder niederlegen sollten, falls die Firma ihr Versprechen nicht halten würde. Am 10. Oktober wurde der Firma wieder ein Schriftstück gesandt, in welchem an das gegebene Versprechen erinnert wurde mit dem Wunsch, bis Sonnabend, den 11. Oktober endgültigen Bescheid in Händen zu haben. Auf diese Intervention schickte die Firma wieder einen Boten mit dem Entschluß, ein Kollege solle sofort ins Kontor kommen zwecks einer Unterredung. Diefem Kollegen erklärte Herr Treibmann, er könne die Leute (Arbeitswilligen) nicht auf die Straße werfen, gab jedoch das Versprechen, die noch in Frage kommenden Kollegen einzustellen, was auch geschah. Dies der ursprüngliche Verlauf über die Beendigung der Aussperrung.

Nun komme ich zu der Frage: Was kommt die Firma zu dieser Erklärung im „Zachblatt“ und wie soll damit bewirkt werden? Die Firma sucht sich hauptsächlich auf die drei Unterschriften der Arbeitervertreter. Diese Arbeitervertreter waren aber von der Firma ernannt. Vielmehr haben diese drei Kollegen in unbewusster Weise oder durch eine sogenannte Ueberrumpelung ihre Unterschrift gegeben; denn sie haben das von Ausgeperrten als auch der Agitationskommission gegenüber erklärt, daß die übrigen innerhalb 14 Tagen, je nachdem sie gebraucht werden, auf Versprechen des Herrn Treibmann eingestellt würden.

### Beauftragung.

Die Mitglieder der Zahlkreis Dörmann sind auf gefordert, ihre Mitgliedsbeiträge an die Unterkassier auszuhändigen, sobald sie dazu veranlaßt werden. Dieser Beschluß der Mitglieder-Versammlung gilt vom 1. Dezember bis einschließl. 22. Dezember. Sollten sich die Mitglieder weigern und es unterlassen, die Beiträge bis zum Schluß des Quartals zu begleichen, so haben sie sich den Ausschluß aus der Organisation selbst zuzuschreiben und gegen ihrer Rechte innerhalb der Organisation verlustig. Deshalb ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, daß es auch seinen Verpflichtungen in materieller Beziehung nachkommt.

Die Ortsverwaltung.

